

Fraktion direkt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag



Zur Lage

Wir müssen uns die Freude am Neuen bewahren

Die CDU kann zuversichtlich zum Parteitag fahren

Die CDU hat allen Grund, selbstbewusst zu ihrem Parteitag nach Karlsruhe zu fahren. Die jüngsten Prognosen der Wirtschaftsweisen belegen erneut: Deutschland ist besser als jedes andere europäische Land aus der Krise gekommen. Eine Wachstumsrate von fast vier Prozent in diesem Jahr und die Aussicht auf eine durchschnittliche Arbeitslosigkeit von unter drei Millionen in den kommenden zwölf Monaten sind eine Sensation. Die Anti-Krisen-Politik von CDU und CSU hat dazu einen wesentlichen Beitrag geleistet.

Deutschland behauptet sich ausgezeichnet auf den Weltmärkten. Dank unserer klugen Unternehmer und der leistungsbereiten Arbeitnehmer eröffnet das Zusammenwachsen der Märkte unserem Land viele neue Chancen. Dies zeigt sich gerade in diesen Monaten, in denen der Export boomt. Das Markenzeichen Made in Germany hat nichts von seinem hervorragenden Ruf verloren. Im Gegenteil: Es ist so gefragt wie lange nicht mehr.

„Unsere Gegner verteidigen nur den Status quo.“

Diese Stellung hat sich Deutschland nur erarbeiten können, weil sich unsere Unternehmen und ihre Belegschaften immer wieder dem Neuen geöffnet haben. Mit diesem Motto müssen wir als ganzes Land auch in die Zukunft gehen: Die Freude am Neuen müssen wir uns bewahren. Manchmal gehört dazu auch Mut. Denn unsere politischen Gegner verteidigen lieber bequem und populistisch den Status quo.

Die Bürger sind jedoch offen für Erneuerung mit Maß und Vernunft. Deshalb dürfen uns die Anti-Atomkraft-Proteste nicht irritieren. Nur durch die Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke schaffen wir die Voraussetzung für die

Energiewende. Nur durch sie erreichen wir verlässlich das Zeitalter der erneuerbaren Energien. Die Grünen haben der Versuchung nicht widerstehen können, aus parteitaktischen Gründen auf den Protestzug aufzuspringen. Dass es bei den Widerstandsaktionen zu schweren Straftaten gekommen ist, haben sie kommentarlos hingenommen. So verhält sich keine verantwortliche Partei. Die Grünen haben sich diskreditiert.



Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Der Aufschwung ist da. Nun ist die Zeit gekommen, die Arbeitnehmer an ihm zu beteiligen. Freiheit in Solidarität mit dem anderen – dies ist ein Kernprinzip, das sich aus dem christlichen Menschenbild ableitet. Deshalb sollten wir die Unternehmer ermuntern, auch den Belegschaften Anerkennung zu zeigen für den Lohnverzicht, den viele in der Krise geleistet haben. Lohnzuwächse, wo immer sie möglich sind, wären das richtige Signal.

Volker Kauder

Inhalt

Wir müssen uns die Freude am Neuen bewahren	1
Die Grünen sind wieder APO	2
Die NATO verteidigt unsere Sicherheit auch im 21. Jahrhundert	3
Die Reform der gesetzlichen Krankenversicherung	4
Begehrlichkeiten zurückweisen	5
Was ist die Schuldenbremse und wie funktioniert sie?	6
Anlageberatung wird verbraucherfreundlicher	7
G20 schaffen neues Vertrauen	7
Menschenrechte und Grundfreiheiten wahren	8
Eine Million Elektroautos bis 2020	8
De-Mail – Sicher und einfach	8
Frauen in Führungspositionen	8
Maritime Wirtschaft - eine nationale Chance	9
„Blühende Landschaften“ – vielerorts bereits erreicht	10
„Die freundlichen Spiele“	11
Letzte Seite	12

Impressum

Herausgeber

Peter Altmaier MdB

Stefan Müller MdB

CDU/CSU Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1

11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack

Redaktion: Claudia Kemmer (verantwortl.)

Telefon (030) 227 53015

Telefax (030) 227 56660

pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Kommentar

Die Grünen sind wieder APO

Wir werden die Tolerierung von Gewalt nicht hinnehmen



Peter Altmaier
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer

Während des 92-stündigen Castor-Transportes ins Zwischenlager Gorleben am Anfang dieser Woche konnte die Öffentlichkeit Gewalt-Exzesse verfolgen, die in der langen Castor-Geschichte noch nie vorgekommen sind. „Demonstranten“ gingen mit Reizgas, Molotowcocktails und Eisenstangen auf Polizisten los, übergossen Panzerfahrzeuge der Polizei mit Teer, zündeten sie an.

Die Polizei sprach von "massiven Angriffen" auf die Beamten, die eine neue Stufe der Gewalt darstellten. Es sei kaum zu begreifen, dass Menschen Polizeifahrzeuge anzündeten, während die Beamten noch darin saßen. Polizisten schickten während des Einsatzes verzweifelte SMS an Kollegen, dass im Wendland Bürgerkrieg herrsche, dass sie bespuckt und mit Steinen, Gas, Molotowcocktails und Pyrotechnik angegriffen würden. Während der Beseitigung brennender Blockaden würden sie von Vermummten mit Schlagstöcken angegriffen.

Die Polizisten waren bis zu 30 Stunden ununterbrochen im Einsatz und wurden bis an die Grenzen ihrer Belastungsfähigkeit getrieben, auch, weil Demonstranten gezielt Versorgungsfahrzeuge sabotierten, die den Beamten wenigstens Essen und Trinken bringen sollten. Zum Schluss zählte die Polizei 131 Verletzte, teilweise mit schweren Verletzungen durch Steinwürfe, Flaschenwürfe, Molotowcock-

tails und Feuerwerksraketen. Ein Beamter wurde so schwer verletzt, dass er jetzt mit Verdacht auf Gehirnerkrankung im Krankenhaus liegt.

Angesichts dieser Bilanz sind die 25 Millionen Euro, die für die Sicherung des Transportes gezahlt werden müssen, völlig nachrangig.

Und was sagt Grünen-Chefin Claudia Roth zu alledem? Die Polizei solle doch bitte das Demonstrationsrecht schützen, nicht behindern! Das ist schon keine Chuzpe mehr, sondern blanker Zynismus. Die Grüne Jugend gab auf ihrer Homepage samt Symbol einer geballten Faust Anleitungen zum Widerstand, entfaltete eine „Widerstandsstrategie“ mit Hinweis auf ein „zentrales Widerstandscamp“ im Gebiet: alles in allem eine ausgetüftelte Anleitung zur effektiven Ausübung von Straftaten. Die Parteispitze der Grünen heizte die Stimmung an und nutzte die Protest-Veranstaltung zum peinlichen Anti-Atom-Fotoshooting mit Claqueuren. Kein Wort natürlich darüber, dass es auch unter der rot-grünen Regierung mehrere Castor-Transporte gegeben und Trittin noch 2001 flehentliche Briefe an die Aktivisten geschrieben hatte, doch bitte auf Demonstrationen während der Castor-Transporte zu verzichten.

Die Parteichefs Roth und Cem Özdemir sowie Fraktionschef Jürgen Trittin taten alles, um aus den Anti-Castor-Aktionen parteipolitische Vorteile zu schlagen. Diese Rechnung ist allerdings nicht aufgegangen. Die neuesten Umfragezahlen belegen, dass die Radikalisierung der Grünen in der Kernkraft- und Endlagerdebatte bei der Bevölkerung auf keinen fruchtbaren Boden fällt. Mit ihren jüngsten Protestaktionen im Parlament und der Tolerierung von Gewalt gegen den Castor-Transport demaskieren sich die Grünen: Das sorgsam aufgebaute Image als seriöse, quasi-bürgerliche Partei zerfällt, und kenntlich wird die alte, außerparlamentarische Spontibewegung. Mit ihr ist kein Staat zu machen.

Die NATO verteidigt unsere Sicherheit auch im 21. Jahrhundert

Bundestag debattiert neues strategisches Konzept der NATO

Die NATO ist das erfolgreichste moderne Bündnis für Frieden und Sicherheit. Von ursprünglich zwölf Mitgliedern ist die transatlantische Allianz auf mittlerweile 28 angewachsen. Seit der Gründung der Organisation im Jahr 1949 haben sich die Herausforderungen, vor denen die Welt steht, stark gewandelt. Daher hat die NATO auf dem Gipfeltreffen zum 60. Gründungstag der Organisation im vergangenen Jahr den Beschluss gefasst, sich ein neues strategisches Konzept zu geben. Das Ziel ist, die NATO für die Anforderungen des 21. Jahrhunderts zu rüsten. Beim NATO-Gipfel in Lissabon am 19./20. November wollen die Staats- und Regierungschefs das neue Konzept feierlich verabschieden.

Neue Antworten auf neue Herausforderungen

In der Bundestagsdebatte zum neuen strategischen Konzept der NATO zeichnete der für Außenpolitik zuständige stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Andreas Schockenhoff, ein Bild der Bedrohungen im 21. Jahrhundert: „Internationaler Terrorismus und organisierte Kriminalität sowie Instabilität, die von scheiternden Staaten ausgeht, bedrohen die gesamte zivilisierte Welt.“ Auch die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Raketen habe unmittelbare Konsequenzen für unsere Sicherheit. Die Folgen des Klimawandels könnten zu Konflikten um natürliche Ressourcen oder Siedlungsräume sowie zu großen Migrationsströmen mit sicherheitspolitischen Auswirkungen für uns führen. Und Cyber-Attacken oder mögliche Angriffe auf Handelsrouten und unsere Energieversorgung seien neue Dimensionen der konkreten Bedrohungen für das Bündnis. „Kurz gesagt: Wir stehen neuen, durch Asymmetrien geprägten Herausforderungen gegenüber.“

Wichtig sei angesichts dieser Bedrohungen, den „Comprehensive Approach“ der NATO weiterzuentwi-

ckeln und den vernetzten Ansatz als Prinzip des Krisenmanagements zu verankern. Von Beginn einer Operation an müsse so weit wie möglich eine ressortübergreifende Konfliktbewältigung sichergestellt werden. Zudem müssten andere relevante Organisationen - insbesondere die EU mit ihrem umfassenden zivilen Instrumentarium – frühestmöglich einbezogen werden. Schon aus Ressourcengründungen seien größtmögliche Komplementarität und Arbeitsteilung mit anderen internationalen Akteuren geboten.

Kooperation über die NATO hinaus

Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Philipp Mißfelder, unterstrich, die NATO sei auch eine politische Plattform. Sie müsse als solche mit anderen regionalen Bündnissen etwa im asiatischen Raum oder mit Russland Diskussionen führen. Bezogen auf



N.A.T.O organisation sign © tony4urban

Russland begrüßte Mißfelder ausdrücklich, dass die Bundeskanzlerin und der französische Präsident sich schon länger dafür einsetzten, dass die NATO auf den wichtigen Partner im Osten zugehe.

Der Verteidigungspolitiker Karl Lamers betonte: „Wir brauchen eine strategische Partnerschaft mit Russland.“ Aber auch Russland sei auf die Zusammenarbeit mit der NATO angewiesen. Es werde immer wichtiger, vorhandene Kräfte zu bündeln. Ein aus seiner Sicht zentrales Thema für die NATO der Zukunft sei Abrüstung. Eine atomwaffenfreie Welt sei

erstrebenswert. Solange es aber nicht-staatliche Akteure gebe, die nicht auf Atomwaffen verzichten wollten und damit die Welt bedrohten, müsse auch die NATO sich solche Kapazitäten erhalten.

Der außenpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, Thomas Silberhorn, wies darauf hin: „Die NATO wird eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts spielen.“ Im Kern gehe es darum, gemeinsame Sicherheitsinteressen zu definieren und die erforderlichen Instrumente zu schaffen.

Breite öffentliche Unterstützung erforderlich

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Ruprecht Polenz (CDU), stellte klar, die Debatte diene auch dem Ziel, deutlich zu machen, welche Fraktionen im Bundestag hinter der transatlantischen Allianz stünden. Die Grünen zählten ebenso wie die Linke nicht dazu. Die Grünen müssten schon erklären, weswegen sie verträten, die NATO solle die Augen vor den Gefahren des Cyberwars, der Bedrohung der Computersysteme etwa in Krankenhäusern oder bei Energieversorgern, verschließen.

Alle Redner unterstrichen, wie wichtig die öffentliche Unterstützung für die transatlantische Allianz sei. Lamers hob hervor: „Um als Bündnis erfolgreich zu sein, brauchen wir den Rückhalt und die Unterstützung der Bevölkerung.“ Es sei wichtig, besser als bisher zu erklären, was die NATO sei, was sie mache und warum sie für die Sicherheit unerlässlich sei. Dies sei insbesondere gegenüber der jungen Generation wichtig.

Auch die Bundeswehrreform wurde in der Debatte thematisiert. Mißfelder unterstrich, die militärische Transformation der NATO müsse fortgeführt werden. Die Reform der Bundeswehr zu einer Armee im Einsatz erfolge auch in diesem Kontext.

Die Reform der gesetzlichen Krankenversicherung

Fragen und Antworten zu den wichtigsten Veränderungen

Warum brauchen wir eine Reform der gesetzlichen Krankenversicherung?

Deutschland hat eines der leistungsfähigsten Gesundheitssysteme weltweit, das allen Bürgern Zugang zu einer hochwertigen Gesundheitsversorgung bietet. Es besteht für 2011 unmittelbarer Handlungsbedarf, da die gesetzlichen Kassen ein Defizit von bis zu neun Milliarden Euro erwarten. Um die Leistungsfähigkeit und die Qualität der medizinischen Versorgung zu erhalten, braucht das deutsche Gesundheitssystem eine dauerhaft tragfähige und sozial ausgewogene Finanzierung.

Was sind die wichtigsten Punkte der Reform?

Die Reform setzt sich aus drei maßgeblichen Punkten zusammen: Wir stärken die Finanzgrundlage der gesetzlichen Krankenversicherung, indem wir die Beiträge anheben und einen einkommensunabhängigen Zusatzbeitrag einführen. Für Geringverdiener gibt es dabei einen automatischen Sozialausgleich, der aus Steuermitteln finanziert wird. Außerdem begrenzen wir die Ausgabensteigerungen bei Krankenkassen, Krankenhäusern, Ärzten und Zahnärzten. Parallel dazu sparen wir bei der Pharmaindustrie und den Apotheken.

Wieso werden die Beiträge der gesetzlich Versicherten erhöht?

Der Beitragssatz wurde in der Wirtschaftskrise kurzfristig gesenkt, um Arbeitsplätze zu sichern. Die Krise ist überstanden, die Wirtschaft wächst,

und daher gilt ab dem 1. Januar 2011 wieder der alte Beitragssatz von 15,5 Prozent, aufgeteilt in 7,3 Prozent für Arbeitgeber und 8,2 Prozent für Arbeitnehmer.

Warum wird der Arbeitgeberbeitrag auf der Höhe von 7,3 Prozent festgeschrieben?

Die Arbeitgeber werden auch in Zukunft einen entscheidenden Beitrag zur Finanzierung der Krankenversicherung leisten, im Jahr 2011 alleine über 73 Milliarden Euro. Aber steigende Beitragssätze verteuern Arbeit in Deutschland und gefährden damit Arbeitsplätze. Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden.

Wozu dient der einkommensunabhängige Zusatzbeitrag?

Der einkommensunabhängige Zusatzbeitrag ist auch ein klares Preissignal für die Versicherten. Ob sie bei einer Kasse acht, zehn oder 15 Euro zahlen müssen, das hat eine ganz andere Signalwirkung als prozentuale Beiträge. Jeder Versicherte kann sich so überlegen, ob ihm seine Kasse dieses Geld wert ist oder nicht. Ein klares Preissignal stärkt die Versicherten in ihrer Entscheidung.

Werden alle Kassen gleichermaßen einen Zusatzbeitrag erheben?

Nein, jede Krankenkasse entscheidet für sich, ob ein Zusatzbeitrag erhoben wird und wie hoch er ausfällt. Damit erhalten die Kassen einen Teil ihrer Beitragsautonomie zurück.

Gibt es eine Einkommensgrenze für Mitglieder?

Grundsätzlich muss jedes Mitglied den Zusatzbeitrag bis zu einer Belastungsgrenze von zwei Prozent seines individuellen beitragspflichtigen Einkommens zahlen. Wer stärker mit der Zahlung des Zusatzbeitrages belastet ist, erhält einen Sozialausgleich aus Steuermitteln. Damit ist gewährleistet, dass niemand durch die Erhebung der Zusatzbeiträge finanziell überfordert wird.



Spritzen und Flaschen © Thomas Brugger

Wie funktioniert der Sozialausgleich und wer finanziert ihn?

Bei allen Arbeitnehmern und Rentnern funktioniert der Sozialausgleich grundsätzlich voll automatisch durch eine Meldung der Kasse an den Arbeitgeber oder Rentenversicherer. So erhöht sich bei Geringverdienern dann der Netto-Auszahlungsbetrag entsprechend. Dies ist ein für den Versicherten geräuschloses, antragsloses und bürokratiearmes Verfahren. Finanziert wird der Sozialausgleich aus Steuermitteln.

Arzneimittelneuordnungsgesetz (AMNOG)

Mit dem Arzneimittelneuordnungsgesetz wird das System der Arzneimittelpreisfindung grundsätzlich verändert. Bisher konnten die pharmazeutischen Unternehmen die Preise für neue Arzneimittel frei festlegen. In Zukunft ist die Erstattung durch die gesetzlichen Krankenkassen begrenzt. Denn die Unternehmen sind in der Pflicht, den tatsächlichen Zusatznutzen der neuen Medikamente für die Patienten zu belegen. Dadurch werden die gesetzlichen Krankenkassen um rund 300 Millionen Euro entlastet.

Über den Nutzen von erstattungsfähigen Arzneimitteln mit neuen Wirkstoffen entscheidet der gemeinsame Bundesausschuss (G-BA), nachdem das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) eine Bewertung vorgenommen hat.

Begehrlichkeiten zurückweisen

Trotz Steuermehreinnahmen kein Spielraum für Ausgabensteigerung

Der Arbeitskreis Steuerschätzung legt jedes Jahr im Herbst aktuelle Schätzungen zu den Steuereinnahmen vor. Die Ergebnisse sind in die parlamentarischen Beratungen zum Bundeshaushalt 2011 eingeflossen. In diesem Herbst sind die Ergebnisse der Steuerschätzung erfreulich - auf den

Abbau des strukturellen Defizits bleibt Priorität

Der Abbau des strukturellen Defizits bleibt unabhängig von konjunkturellen Effekten Priorität. Bis 2016 müssen wir schrittweise das strukturelle Defizit auf maximal 0,35 Prozent des

Steuermehreinnahmen abgemildert. Die Auswirkungen auf das strukturelle Defizit sind marginal, insbesondere im Hinblick auf die Gesamtaufgabe der Konsolidierung.

Die Schuldenbremse fordert aber auch, die konjunkturell bedingten Schulden in guten Zeiten überproportional abzubauen. Damit legen wir den ersten Grundstein für einen Puffer - für den Fall, dass wir in konjunkturell schlechteren Zeiten wieder zur Schuldenaufnahme genötigt sein sollten. Wenn wir jetzt die Mehreinnahmen verpulvern, würde uns das später die Krisenbekämpfungspolitik erschweren. Wir müssen die Steuermehreinnahmen nutzen, um unterhalb der Obergrenze für die Verschuldung zu bleiben und damit politische Gestaltungsspielräume für künftige Krisen zu wahren.

Die Union steht für eine nachhaltige und generationengerechte Finanz- und Haushaltspolitik, die den Blick von kurzfristigen Effekten auf langfristige Notwendigkeiten legt.



Europäische Banknoten © Gina Sanders

ersten Blick allemal. Denn obwohl gegenüber der letzten Schätzung im Mai Steuermehreinnahmen zu erwarten sind, ist finanzpolitische Zurückhaltung gefordert. Insofern muss Wasser in den Wein gegossen werden.

Die verbesserte Wirtschaftslage spiegelt sich in den Steuermehreinnahmen ohne Zweifel wider. Die umsichtige Politik der Union in der Krisenzeit trägt Früchte. Fast schon reflexartig wecken jedoch die Steuermehreinnahmen wieder Begehrlichkeiten von unterschiedlichsten Seiten. Jedoch haben sich die Rahmenbedingungen gegenüber früheren Zeiten verändert: Trotz allem haben wir weiterhin eine Nettokreditaufnahme auf Rekordniveau. Der Schuldenberg, den wir nachfolgenden Generationen hinterlassen, wächst weiterhin. Was leicht übersehen wird: Wir haben mit der Schuldenbremse auch erstmalig einer neuen verfassungsrechtlichen Situation Rechnung zu tragen. Die jetzt einmaligen Steuermehreinnahmen können daher nicht für dauerhafte Ausgabensteigerungen oder Einnahmeverzicht genutzt werden.

Bruttoinlandsprodukts abgebaut haben. Daher hat das Zukunftspaket der Regierung nichts an Aktualität verloren. Die Pflicht zum Abbau des strukturellen Defizits wird nicht durch die

Wichtige Ergebnisse der Steuerschätzung für 2010 und 2011. In Klammern die Erhöhung gegenüber der Mai-Schätzung:

	2010	2011
Bund	223,7 Mrd. Euro (+ 7,4 Mrd. Euro)	225,4 Mrd. Euro (+ 8,1 Mrd. Euro)
Länder	208,1 Mrd. Euro (+ 5,5 Mrd. Euro)	211,3 Mrd. Euro (+ 8,5 Mrd. Euro)
Gemeinden	69,1 Mrd. Euro (+ 3,6 Mrd. Euro)	72,3 Mrd. Euro (+ 5,0 Mrd. Euro)
EU	24,6 Mrd. Euro (- 1,3 Mrd. Euro)	28,4 Mrd. Euro (+ 0,8 Mrd. Euro)
Ingesamt	525,5 Mrd. Euro (+ 1,52 Mrd. Euro)	537,3 Mrd. Euro (+ 22,4 Mrd. Euro)

Was ist die Schuldenbremse und wie funktioniert sie?

Die im Grundgesetz eingeführte Schuldenbremse regelt die Kreditaufnahme der öffentlichen Hand neu und wirksamer. Grundsätzlich ist ein strukturell ausgeglichener Haushalt verfassungsrechtlich verankert. Eine Kreditaufnahme ist nur eingeschränkt möglich: Für das strukturelle Defizit ist eine Obergrenze von 0,35 Prozent des nominalen Bruttosozialprodukts (BIP) festgelegt. Darüber hinaus können aus konjunkturellen Gründen Kredite aufgenommen werden. Diese konjunkturelle Kreditaufnahme erfolgt aber symmetrisch zum wirtschaftlichen Auf- und Abschwung.

Kreditaufnahmen in Abschwungsphasen müssen in Erholungsphasen wieder ausgeglichen werden. Dafür ist ein Konjunkturbereinigungsverfahren festgelegt. Dieses orientiert sich am EU-Stabilitäts- und Wachstumspakt. Wenn die Kreditaufnahme 0,35 Prozent des BIP überschreitet, werden die Abweichungen auf einem Kontrollkonto transparent festgehalten. Dieses darf maximal 1,5 Prozent des BIP erreichen. Ab einem Prozent des BIP ist das Konto konjunkturrecht zurückzuführen.

Für Notfälle wie Naturkatastrophen können darüber hinaus ausnahmsweise Kredite aufgenommen werden. Dabei muss schon bei Beschlussfassung über die Kreditaufnahme ein Tilgungsplan für eine zeitlich angemessene Rückführung beschlossen werden. Als Frühwarnsystem ist ein Stabilitätsrat zur Vermeidung von

Haushaltsnotlagen des Bundes und der Länder eingerichtet worden. Vier Länder befinden sich in einer solchen Notlage und werden daher verschärft kontrolliert.

Das zu diesem Zeitpunkt erwartete Ist-Ergebnis der Nettoneuverschuldung für das Jahr 2010 bildet die Basis für die konkreten Abbauschritte. Versuche der Opposition, dies in Fra-



Pump Yo Breaks SUCKAS © Bozworthington

Generationengerechtigkeit im Blick

Die Schuldengrenze gilt ab 2011. Für den Bund ist festgelegt, dass die Obergrenze von 0,35 Prozent des BIP ab 2016 einzuhalten ist. Bis dahin muss das strukturelle Defizit in gleichmäßigen Schritten abgebaut werden. Die genauen Abbauschritte werden letztlich in diesem Jahr festgelegt. Der Startwert ist durch den Beschluss der Bundesregierung zum Zeitpunkt des Kabinettsbeschlusses zum Haushaltsentwurf 2011 und zum Finanzplan bis 2014 im Sommer festgelegt worden.

ge zu stellen und eine laufende Anpassung zu erreichen, laufen ins Leere. Es gibt weder einen rechtlichen noch einen sachlichen Grund, daran zu rütteln. Denn damit würde der Abbaupfad letztlich beliebig. Dies wird der Intension der Schuldenbremse nicht gerecht.

Um das ehrgeizige Ziel der Schuldenbremse zu erreichen, hat die christlich-liberale Koalition ein Zukunftspaket von rund 82 Milliarden Euro auf dem Weg gebracht. Davon sind im Haushalt 2011 und im Finanzplan bis 2014 rund zwei Drittel umgesetzt, der Rest durch das verabschiedete Haushaltsbegleitgesetz 2011.

Wir sollten uns aus Gründen der Generationengerechtigkeit bescheiden und die Obergrenze nicht ausreizen. Vielmehr müssen wir mit der Kreditaufnahme nachhaltig umgehen. Insbesondere dürfen wir nicht wie früher der Illusion unterliegen, durch die bessere konjunkturelle Entwicklung würde die Konsolidierungspflicht gemildert, oder es würden sogar Freiräume für Ausgabenwünsche geschaffen.

Gemäß Berechnungen des Bundesministeriums der Finanzen ergibt sich über den Zeitraum des Finanzplanes die Obergrenze des strukturellen Defizits wie folgt:

	2011	2012	2013	2014
Maximal erlaubte Strukturkomponente (Mrd. Euro)	45,8	39,0	32,1	25,1

Anlageberatung wird verbraucherfreundlicher

Koalition zieht Lehren aus der Finanzmarktkrise



Handschlag © Gunnar Nienhaus

Mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Anlegerschutzes und Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Kapitalmarktes zieht die Koalition die richtigen Lehren aus der Finanzmarktkrise für die Verbraucher. Das Gesetz wurde diese Woche in erster Lesung im Bundestag beraten.

So sollen Privatkunden zukünftig bei einer Anlageberatung vor Abschluss des jeweiligen Geschäfts schriftliche Produktinformationen erhalten. Zudem wird dem Gebot anlegergerechter Beratung mehr Nachdruck verliehen. Es soll verboten werden, andere als für den Kunden geeignete Finanzinstrumente oder Wertpapierdienstleistungen zu empfehlen.

Banken und Finanzdienstleister müssen durch eine ausreichende Anzahl fachlich und persönlich geeigneter Mitarbeiter sicherstellen, dass sie allen Anforderungen an die Kundenbetreuung und interne Organisation nachkommen können. Anlageberater, Vertriebs- und Compliance-Beauftragte müssen künftig der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) angezeigt werden, bevor sie ihre Arbeit aufnehmen. Die BaFin wird ein Register für jede der drei Gruppen führen. Keinesfalls wird es sich bei diesem Register um ein „bürokratisches Monstrum“ handeln, wie einige Bankenverbände fälschlicherweise behaupten.

G20 schaffen neues Vertrauen

Gipfel in Seoul macht keine Vorgaben für Leistungsbilanzen

Die Weltwirtschaft steht an einer Wegscheide. Nach Finanzmarkt-, Konjunktur- und Staatsverschuldungskrise drohen nun Protektionismus und Abwertungswettläufe. Eine solche Außenwirtschaftspolitik wäre verhängnisvoll. Jedes Signal für offene Märkte und gegen Wechselkursmanipulation ist jetzt Gold wert.

Die Ergebnisse des G20-Gipfels in Seoul bringen Erleichterung. Sie signalisieren Einigkeit in Grundprinzipien. Im Vorfeld des Gipfels haben sich die Kontroversen zu außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten zugespitzt. Im Zentrum steht die Politik Chinas und der Vereinigten Staaten, die eigene Währung zwecks Exportförderung künstlich niedrig zu halten. Zugleich stoßen hohe Exportüberschüsse etwa von China, Deutschland, Japan und Südkorea vor allem in solchen Ländern auf Kritik, die weniger wettbewerbsfähig sind.

Die Gruppe der 20 führenden Wirtschaftsnationen und Schwellenländer haben in Seoul beschlossen, den Abbau großer Überschüsse oder Defizite

weniger auf einzelne staatliche als auf unzählige individuelle Entscheidungen zurück. Gefragt sind daher Strukturereformen.

Indem die G20-Staaten fordern, die seit Jahren stockende Welthandelsrunde in Doha endgültig zum Erfolg zu führen, erteilen sie direkten Staatsingriffen in die Außenwirtschaft eine weitere Absage. Ein starkes Zeichen globaler Kooperation ist das Bekenntnis zu neuen Eigenkapital- und Liquiditätsvorschriften für Kreditinstitute. Das gebilligte Basel-III-Abkommen ist eine tragende Säule der nachhaltigen Finanzmarktstabilisierung. Dass sich die G20 auf einen konkreten Umsetzungszeitplan bis Anfang 2019 verständigt haben, spricht für Handlungsfähigkeit und guten Willen.



G20 © Antonio

te in der Leistungsbilanz nicht durch konkrete Vorgaben steuern zu wollen. Das ist realistisch und glaubwürdig. Denn die Ungleichgewichte gehen

Menschenrechte und Grundfreiheiten wahren

60 Jahre Europäische Menschenrechtskonvention gewürdigt

Europa steht seit 60 Jahren für die Wahrung von Grund- und Menschenrechten. Nach den Schrecken des Zweiten Weltkriegs und des Holocausts schrieb die „Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten“ (EMRK) zum ersten Mal im Völkerrecht Grund- und Freiheitsrechte als einklagbare individuelle Rechte fest. Diesen Meilenstein hat die Koalition gemeinsam mit SPD und Grünen zum 60. Jahrestag der Unterzeichnung der Konvention in einem Antrag gewürdigt.

Am 4. November 1950 unterzeichneten in Rom die zehn Gründerstaaten des Europarates sowie die Bundesrepublik Deutschland und die Türkei die Europäische Menschenrechtskonvention. 1953 trat sie in Kraft. Für beinahe eine Milliarde Menschen in mittlerweile 47 Staaten Europas ist die EMRK heute ein Schutzsystem von unschätzbarem Wert.

Die Konvention enthält das Verbot von Folter und unmenschlicher Behandlung (Artikel 3), das Recht auf

Freiheit und Sicherheit (Artikel 5) sowie politische Rechte wie das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit (Artikel 9), das Recht auf die Freiheit der Meinungsäußerung (Artikel 10), auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (Artikel 11). Aber auch umfangreiche justizielle Grundrechte (Artikel 6, 7 und 13) sowie ein Diskriminierungsverbot (Artikel 14) sind hier festgeschrieben. Ein zentraler Erfolg der EMRK: Faktisch kommt die Todesstrafe auf dem Gebiet des Europarats nicht mehr vor.

Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte reformieren

1998 wurde ein weiterer Meilenstein gesetzt: Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) nahm seine Arbeit auf. Die Anrufung des EGMR in Straßburg steht den Vertragsstaaten sowie Einzelpersonen offen, sofern diese sich durch den hoheitlichen Akt eines Mitgliedstaates beschwert fühlen. Dieses Individual-

beschwerderecht, verbrieft in Artikel 34, bewirkte eine wahre Beschwerdeflut. Der Gerichtshof muss hierfür personell und finanziell zukünftig besser ausgestattet und gleichzeitig entlastet werden.

Bald auch Bürgerbeschwerden gegen EU vor Gerichtshof möglich

Über Jahrzehnte war die Europäische Menschenrechtskonvention die grundrechtliche Basis für die Europäischen Gemeinschaften und die EU. Im Juli 2010 haben offizielle Gespräche über den Beitritt der EU zur EMRK begonnen, nachdem die EU im Vertrag von Lissabon Rechtspersönlichkeit erhalten hat und selbst Verträge schließen kann. Mit dem Beitritt der EU zur EMRK wird es für die Menschen in Europa erstmals möglich sein, Handlungen der EU auch durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte auf ihre Grundrechtskonformität prüfen zu lassen.

Kurz notiert

Eine Million Elektroautos bis 2020

Auf Deutschlands Straßen sollen bis zum Jahr 2020 eine Million Elektroautos unterwegs sein. Der Bundestag debattierte am Donnerstag in erster Lesung einen Antrag von CDU/CSU und FDP zur Elektromobilität – einer Technologie von hoher strategischer Bedeutung. 500 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket II wendet die Regierung auf, um neue Fahrzeug-, Energiespeicher- und Mobilitätskonzepte zu entwickeln und die dazugehörige Infrastruktur zu planen. In ihrem Antrag fordern die Abgeordneten, dass Deutschland zu einem Leitmarkt für Elektromobilität wird. Vor allem effiziente Speicher- und Übertragungstechnologien sollen gefördert werden.

De-Mail – Sicher und einfach

Dokumente und Nachrichten sollen mit der sogenannten De-Mail künftig so einfach wie per E-Mail und so sicher wie mit der Papierpost verschickt werden können. Der Bundestag debattierte am Donnerstag in erster Lesung über einen Gesetzentwurf, der Regeln für die sichere und rechtsverbindliche elektronische Post aufstellt. Ein abgesichertes Anmeldeverfahren und verschlüsselte Transportwege sollen dafür sorgen, dass kein Unbefugter mitliest. Spam und Phishing sollen damit ebenso unterbunden werden. Ein Pilotprojekt in Friedrichshafen ist Ende März 2010 erfolgreich beendet worden.

Frauen in Führungspositionen

In Deutschland sind Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft nach wie vor stark unterrepräsentiert – obwohl ihr Anteil in den letzten Jahren gestiegen ist. Die Bundesregierung unterrichtete am Freitag den Bundestag darüber, dass Studien zufolge fast drei Viertel aller Führungspositionen in Unternehmen von Männern besetzt sind. Mit der Größe des Unternehmens und mit der Hierarchieebene nimmt die Zahl der Frauen im Topmanagement ab. Auch bei der Bezahlung schneiden Frauen schlechter ab. Im Durchschnitt verdienen sie in deutschen Unternehmen pro Arbeitsstunde 22 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen.

Maritime Wirtschaft - eine nationale Chance

Kongress der Unionsfraktion mit Vertretern der maritimen Wirtschaft, der Wissenschaft, den Gewerkschaften und den Ländern

Das Meer ist Wirtschafts- und Lebensraum sowie Nahrungs- und Ressourcenquelle. Circa 95 Prozent des interkontinentalen Warenaustauschs werden über den Seeweg abgewickelt. 90 Prozent des europäischen Außenhandels laufen über See. In den letzten Jahrzehnten ist der Welthandel um das Siebenfache gestiegen. Dem Wasserweg kommt bei der Bewältigung des Zuwachses im internationalen Personen- und Güterverkehr, in der See-, Küsten- sowie Binnenschifffahrt als auch bei der Entwicklung innovativer Logistikkonzepte eine zentrale Rolle zu. Er ist der kostengünstigste, umweltfreundlichste und sicherste Verkehrsweg. Das Meer und die maritime Wirtschaft sind von herausragender Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands als Technologie-, Produktions- und Logistikstandort und als führende Exportnation. Die volkswirtschaftliche Bedeutung des maritimen Sektors beschränkt sich dabei nicht allein auf die Küstenregionen. Mehr als die Hälfte des Umsatzes wird in küstenfernen Bundesländern erbracht. In Baden-Württemberg werden beispielsweise 19 Prozent des Umsatzes in der Schiff-

bau- und Offshore-Zuliefererindustrie erwirtschaftet.

Auf dem Kongress „Maritime Wirtschaft - eine nationale Chance“, der auf Initiative ihres Vorsitzenden Volker Kauder stattfand, diskutierte die Fraktion vergangenen Montag mit Vertretern der maritimen Wirtschaft, der Wissenschaft, der Gewerkschaften und der Länder über Strategien zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit dieser Branche.

Branche durch Wirtschaftskrise in schwerem Fahrwasser

Zielsetzung der Fraktion war, die herausragende Bedeutung, die die maritime Wirtschaft für ganz Deutschland hat, hervorzuheben und die Branche, die durch die globale Wirtschafts- und Finanzkrise schwierigen Zeiten ausgesetzt ist, in den Fokus zu rücken. Neben zahlreichen Experten aus der maritimen Branche sprachen der Fraktionsvorsitzende Kauder, Bundeskanzlerin Angela Merkel, die Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Beirat für nachhaltige Entwicklung und stellvertretende

Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Daniela Raab, sowie der Vorsitzende des Arbeitskreises Küste, Ingbert Liebing. Der Beauftragte der Unionsfraktion für die maritime Wirtschaft, Eckhardt Rehberg, stellte das Positionspapier „Die Zukunftsfähigkeit der maritimen Wirtschaft ist eine nationale Herausforderung“ vor.

Im Einzelnen diskutiert wurden Themen wie die Verknüpfung von Ökonomie und Ökologie als Schlüssel zum Erfolg oder Bildung, Forschung und Innovation als Triebkräfte in der maritimen Wirtschaft.

Offshore-Windparks gehören zur maritimen Wirtschaft

Bundeskanzlerin Merkel verwies in ihrer Rede unter anderem darauf, dass die Zukunft der maritimen Wirtschaft im Spezialschiffbau, der Meerestechnik, der Offshore-Technik sowie der Umwelttechnik liege. So seien die erneuerbaren Energien inzwischen auch zur maritimen Wirtschaft hinzuzurechnen. Offshore-Windparks seien eine Chance für die deutsche Industrie, da der Bedarf an solchen Anlagen weltweit steige. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) werde ein fünf Milliarden Euro starkes Programm auflegen, um zehn Offshore-Windparks zu finanzieren. Die Kanzlerin appellierte an die Banken, sich stärker zu engagieren.

Rehberg hob bei der Vorstellung des Positionspapiers der Unionsfraktion hervor, dass die Zukunftsfähigkeit der maritimen Wirtschaft eine nationale Chance und Herausforderung sei. Im Rahmen der fortschreitenden Globalisierung habe die maritime Wirtschaft eine strategische Bedeutung für die Sicherung der Volkswirtschaft Deutschlands.



Eckhardt Rehberg, Volker Kauder, Ingbert Liebing

„Blühende Landschaften“ – vielerorts bereits erreicht

Gemeinsamer Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit der Berliner CDU-Fraktion zur deutschen Einheit

„Blühende Landschaften“ gehören nach Ansicht des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder bereits vielerorts in Ostdeutschland zur Normalität, auch wenn Kritiker immer wieder versuchten, ein negatives Bild von der Lage in den neuen Bundesländern zu zeichnen. Kauder äußerte sich auf einem Kongress zur deutschen Einheit, den die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag gemeinsam mit der CDU-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses vergangenen Mittwoch in Berlin veranstaltete. Vor rund 300 Gästen aus dem gesamten Bundesgebiet betonte der Fraktionsvorsitzende, wenngleich der Aufholprozess Ostdeutschlands andauere, seien die vergangenen 20 Jahre auch und gerade in wirtschaftlicher Hinsicht eine Erfolgsgeschichte. An ihr habe die mittelständische Wirtschaft einen erheblichen Anteil. Blühende Landschaften hatte Altkanzler Helmut Kohl dem Osten nach der Wiedervereinigung in Aussicht gestellt.

Der Fraktionsvorsitzende der Berliner CDU-Fraktion, Frank Henkel, wies auf die besonderen Chancen für die Berliner Wirtschaft hin, die der Fall der Mauer eröffnet habe. So habe beispielsweise das örtliche Handwerk von dem enormen Nachholbedarf im Infrastrukturbereich in Berlin und seinem Umland unmittelbar profitiert. Berlin habe heute beste Chancen auf Wachstum. Unternehmensfreundliche politische Verhältnisse und ein für Investoren günstiges Klima seien dafür allerdings unverzichtbare Grundvoraussetzung.

Ost- und Westdeutschland seien in den vergangenen 20 Jahren bereits stark zusammengewachsen, stellte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Vorsitzende des Parlamentskreises Mittelstand, Michael Fuchs, fest. Ostdeutschland verfüge heute über eine hochmoderne und leistungsfähige Infrastruktur. Dies sei unverzichtbare Grundvoraussetzung für ein freiheitliches Wirtschaftssys-

tem mit privatem Unternehmertum. Die Unternehmenslandschaft in Ostdeutschland zeichne sich inzwischen durch eine ausgeprägte Vielfalt von Unternehmen in den unterschiedlichsten Branchen, Rechtsformen und Größen aus. In der Wirtschafts- und Finanzkrise habe sich die ostdeutsche Wirtschaft als bemerkenswert robust erwiesen. Künftige Herausforderungen bestünden vor allem im Fachkräftemangel und im demografischen Wandel. Als Industrieland benötige Deutschland zudem auch künftig faire und international wettbewerbsfähige Standortbedingungen, beispielsweise in der Energiepolitik. Die Konkurrenz aufstrebender Volkswirtschaften wie Indien und China sei ernstzunehmen.

Zeit seit der Wiedervereinigung bestens genutzt

Unter der Moderation des Bundestagsabgeordneten Frank Steffel diskutierten der erste stellvertretende PKM-Vorsitzende Ernst Hinsken, der stellvertretende PKM-Vorsitzende Christian Freiherr von Stetten, der stellvertretende Vorsitzende der AG Wirtschaft, Andreas Lämmel, der Hauptgeschäftsführer der IHK Berlin, Jan Eder, der Unternehmer und Leiter des IHK-Kompetenzteams „Mittelstand“ der IHK Berlin, Karsten

Schulze, und der Berliner Senator für Wirtschaft und Technologie a. D., Wolfgang Branoner, über die Erfahrungen der Wiedervereinigung. Man war sich einig, dass die Zeit seit der Wiedervereinigung bestens genutzt worden sei.

Die Erwartung sei verfrüht, dass Ostdeutschland bereits heute - binnen 20 Jahren - flächendeckend die gleiche wirtschaftliche Leistungskraft erreicht haben könne, die Westdeutschland zuvor in 40 Jahren erworben habe. Die richtigen Weichenstellungen vorausgesetzt bestünden jedoch beste Chancen, die noch bestehenden Unterschiede zwischen Ost und West zügig weiter abzubauen. Das Gespür für unternehmerische Chancen und Freiräume, unterstützt durch gezieltes Engagement in Forschung und Entwicklung, möglichst geringe Bürokratielasten und vor allem Bildungsmaßnahmen seien dafür der richtige Mix.

Der Vorsitzende der CDU-Landesgruppe, Kai Wegner, zog eine positive Bilanz der vergangenen 20 Jahre. Dass es gelungen sei, die damalige Aufbruchstimmung durch die richtige politische Flankierung in einen langfristigen Wachstumsprozess umzuwandeln, sei eine großartige Leistung, auf die gerade die Unionspolitiker zu Recht stolz sein könnten.



Frank Henkel, Volker Kauder und Michael Fuchs

„Die freundlichen Spiele“

Sportpolitiker der Unionsfraktion besuchten München und Garmisch - Breite Unterstützung der Bewerbung für die Olympischen Winterspiele 2018

„Die Bewerbung Münchens um die Austragung der Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2018 ist mehr denn je auf Erfolgskurs“, so bilanzierte der sportpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Riegert, die auswärtige Sitzung des Bundestagssportausschusses vergangenes Wochenende in Garmisch-Partenkirchen und München. Die Unionsabgeordneten und Sportpolitiker Eberhard Gienger, Mechthild Heil, Stephan Mayer und Dieter Stier machten sich vor Ort ein Bild vom Stand der Bewerbung München 2018.

Unter dem Motto „Die freundlichen Spiele“ ist neben München und Garmisch-Partenkirchen auch die Kunsteisbahn Königssee an der Bewerbung beteiligt und im Falle eines Zuschlags als Austragungsort vorgesehen. Am 6. Juli 2011 wird im südafrikanischen Durban dann die Entscheidung zwischen München und den Mitbewerbern Pyeongchang (Südkorea) und Annecy (Frankreich) fallen. Auf der auswärtigen Sitzung des Sportausschusses informierten sich die Abgeordneten beim Bürgermeister von Garmisch-Partenkirchen, bei den Fraktionsvorsitzenden des Marktgemeinderates sowie bei Bürgern, Interessensvertretern, Umweltverbänden und auch bei Kritikern über ihre Haltung zur Bewerbung.

Die Mitglieder des Sportausschusses besichtigten auch verschiedene Sportstätten und Bauvorhaben. Hierbei spielten neben den Bedingungen für Athleten oder Zuschauer immer wieder Aspekte der ökologischen Verträglichkeit und Nachhaltigkeit eine wichtige Rolle. Der Schutz des Klimas, der natürlichen Lebensgrundlagen, die Sport- und Regionalentwicklung sowie die Bildung stehen als feste Ziele an zentraler Stelle in der Bewerbung Münchens. Es sei schon jetzt zu erkennen, dass die Bewerbungsgesellschaft wie auch alle anderen beteiligten Akteure hart daran arbeiteten, die „Jugend der Welt“ und die sportbe-



Klaus Riegert, Dieter Stier, Christian Neureuther, Eberhard Gienger, Rosi Mittermaier und Mechthild Heil (v.l.n.r.)

geisterten Zuschauer in Deutschland zu einem „olympischen Wintermärchen“ begrüßen zu dürfen, sagte Stephan Mayer nach dem Besuch.

Beim Umweltschutz übertrifft München bisherige Standards

In direkten Gesprächen mit Vertretern der Bewerbungsgesellschaft und der Bayerischen Landesregierung überzeugten sich die Abgeordneten vom Stand der Planung und Umsetzung. Auch mögliche Risiken etwa sozio-ökonomischer oder ökologischer Art wurden offen diskutiert. Dabei übertreffe die Bewerbung Münchens gerade mit Blick auf Umwelt- und Nachhaltigkeit die Standards bisheriger Olympischer Winterspiele und könne somit international ein deutliches Zeichen setzen, sagte Gienger. Stier betonte, als erste Stadt, die Olympische Sommer- wie Winterspiele ausgetragen haben würde, würde München in die Geschichte der Olympischen Bewegung eingehen. Die Paralympics wären nach Meinung von Heil eine große Chance, das Miteinan-

der von Menschen mit und ohne Behinderungen in unserer Gesellschaft weiter voranzubringen.

Projekt als nationales Anliegen betrachtet

Der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung stehen geschlossen hinter der Bewerbung und betrachten das Projekt als nationales Anliegen. Ein weiterer wichtiger Schritt bis zur endgültigen Entscheidung ist die Abgabe des zweiten Bewerbungsbuches am 11. Januar. Erst vor kurzem überzeugte die Bewerbungsgesellschaft München 2018 die Delegierten der Generalversammlung der Vereinigten Nationalen Olympischen Komitees (ANOC) in Mexiko mit ihrem Konzept. Auf dem weiteren Weg können Bewerber, Athleten und Wintersportzuschauer in Deutschland auf die Unterstützung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag bauen.

23 Prozent der Kinder unter drei Jahren in Kindertagesbetreuung

Wiesbaden – Die Zahl der Kinder unter drei Jahren in Kindertagesbetreuung steigt weiter an. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilte, wurden im März 2010 rund 472.000 Kinder unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen oder in öffentlich geförderter Kindertagespflege betreut. Dies waren 55.000 Kinder mehr als ein Jahr zuvor. Der Anteil der Kinder in Tagesbetreuung an allen Kindern dieser Altersgruppe (Betreuungsquote) belief sich damit bundesweit auf 23,1 Prozent (+ 2,7 Prozentpunkte gegenüber 2009).

Wie in den Vorjahren war in den ostdeutschen Bundesländern insgesamt die Betreuungsquote mit 48,1 Prozent fast dreimal so hoch wie in den westdeutschen Bundesländern (17,4 Prozent). Die höchsten Betreuungsquoten für Kinder unter drei Jahren gab es in Sachsen-Anhalt (56,0 Prozent), gefolgt von Brandenburg (51,0 Prozent) und Mecklenburg-Vorpommern (50,8 Prozent). Unter den westdeutschen Flächenländern hatte Rheinland-Pfalz mit 20,3 Prozent die höchste Betreuungsquote. Die bundesweit niedrigste Betreuungsquote gab es im März 2010 in Nordrhein-Westfalen (14,0 Prozent).

Den höchsten Anstieg in einem westdeutschen Flächenland gegenüber dem Vorjahr gab es mit + 3,9 Prozentpunkten in Niedersachsen. Die Betreuungsquote für Kinder unter drei Jahren erhöhte sich dort von 12,0 Prozent auf 15,9 Prozent. Nordrhein-Westfalen hatte den geringsten Anstieg in einem westdeutschen Flächenland zu verzeichnen. Die Betreuungsquote stieg um 2,4 Prozentpunkte auf 14,0 Prozent.

In der Altersgruppe der Drei- bis unter Sechsjährigen haben die Eltern von mehr als 1,9 Millionen Kindern



Zeichnung: Stuttmann

ein Angebot der Kindertagesbetreuung in Anspruch genommen. Obwohl die Zahl der betreuten Kinder in dieser Altersgruppe gegenüber dem Vorjahr um rund 16.000 niedriger lag, erhöhte sich die Betreuungsquote auf bundesweit 92,6 Prozent (2009: 92,0 Prozent). Ursache hierfür war, dass bundesweit die Zahl aller Kinder in dieser Altersgruppe gegenüber dem Vorjahr um 31.000 zurückging.

Die Fraktion und ihre Mitglieder

Mechthild Heil wird neue Verbraucherschutzbeauftragte der Fraktion. Sie übernimmt den Posten von Lucia Puttrich, die Ende August als Umweltministerin nach Hessen gegangen war.

Die 49-jährige Architektin Heil aus Andernach sitzt seit Oktober 2009 im Bundestag. Sie ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales und im Sportausschuss sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Termine

14.-16. November 2010	Bundesparteitag der CDU in Karlsruhe
29. November 2010	Kongress zur zivil-militärischen Zusammenarbeit
30. November 2010	Fraktionsoffene Sitzung zur Telekommunikationsgesetz-Novelle
14. Dezember 2010	Weihnachtsfeier der Fraktion

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet ➔ www.cducusu.de
 Der Blog der CDU/CSU-Fraktion ➔ blogfraktion.de
 Der Podcast von Volker Kauder ➔ ikauder.cducusu.de
 Fraktion direkt ➔ www.cducusu.de/fd
 (Bitte auf den Pfeil klicken.)



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusubt